

"Jahrelange Subventionierung der Frühverrentung"

Der Mannheimer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Axel Börsch-Supan referierte über die Problematik beim Wirtschaftswachstum

Von Jan Herrmann

Schwetzingen. Die demographische Entwicklung Deutschlands ist seit langem ein heißes Eisen in der Politik. Eben diesem Thema widmete sich das Mannheim Research Institute For The Economic Of Aging (MEA) der Universität Mannheim bei seiner 3. Jahreskonferenz im Schloss. Hierzu waren 111 Experten aus Forschung und Wirtschaft geladen und konnten sich bei acht Festvorträgen über den neuesten Stand der Forschung informieren, sowie über mögliche Handlungskonzepte.

Rektor Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt bezeichnete das Forschungsinstitut, "obwohl noch im Kindesalter" als sehr erfolgreich. Bereits im dritten Jahr seines Bestehens habe man bemerkenswerte Erfolge in der Politikberatung, unter anderem in der Rürup-Kommission, erzielt und habe dazu beigetragen, dass die Mannheimer zur Spitze der Forschung in den Wirtschaftswissenschaften zählen. Arndt betonte, dass die Gleichheit der Universitäten der Vergangenheit angehöre und sie mehr denn je im Wettbewerb stünden. " (...).

Dr. Bernhard Schareck, Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, der gemeinsam mit dem Land Hauptträger des MEA ist, betonte in seinem Grußwort den dringenden Handlungsbedarf: "Wir müssen so schnell wie möglich handeln, von rechtzeitigem Handeln kann angesichts der derzeitigen Situation nicht mehr gesprochen werden."

Lage wie ein Eisberg...

Die derzeitige Lage sei vergleichbar mit einem Eisberg, der nicht aufgehalten werden könne, so der Direktor des MEA, Prof. Dr. Axel Börsch-Supan. "Wir müssen uns also bewegen, um nicht überrollt zu werden.

Aber wohin?" Anhand von Schemata skizzierte Börsch-Supan die Bevölkerungsentwicklung und daraus resultierende Probleme. Zwischen den Jahren 2010 und 2030 werden etwa doppelt so viele Rentner den Erwerbstätigen gegenüberstehen, von 56 Rentnern pro 100 Erwerbstätigen bis zu 95 Rentnern (2030) bei gleichzeitig höherer Lebenserwartung.

Die Prognosen hinsichtlich der Entwicklung des Wirtschaftswachstums wertete der Direktor des MEA wie folgt: zwischen einer optimistischen-, einer pessimistischen Erwartung und den Prognosen der Rürup-Kommission. Danach könnte die Entwicklung des Pro-Kopf-Wachstums zwischen einem Minus von einem bis zwei Dritteln liegen. Die Entwicklung an sich sei nicht aufzuhalten. Jetzt ginge es darum, der Entwicklung mit den vorhandenen Produktivkräften zu begegnen. Das heißt unter anderem, dass sich die Arbeitnehmer darauf einstellen müssten, länger zu arbeiten. Börsch-Supan beklagte besonders die jahrelange Subventionierung der Frühverrentung. "Wir werden es uns nicht leisten können, Produktivkräfte so zu verschleudern wie wir es derzeit tun."

Sein Appell ging daher auch an die Arbeitgeber, ältere Arbeitnehmer wiedereinzustellen.

Ferner werde eine Lastenumverteilung auf dem Arbeitsmarkt stattfinden. Es ginge darum, einen dynamischen Arbeitsmarkt zu schaffen, der verlorene Arbeitsplätze in einer stagnierenden Sparte, durch Arbeitsplätze in einer wachsenden Sparte ersetze. Eine derartige Entwicklung sei aber bisher nicht in Sicht. Auch eine höhere Geburtenrate wirke sich erst sehr langfristig aus. Wichtig für den Arbeitsmarkt seien vordringlich die Fähigkeiten und Bildung, die diese Jungen mitbrächten. Auch müsse man endlich die Neuverschuldung drosseln. (...)

Klar sei, dass gerade die Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge, die so genannten Babyboomer, einen Teil ihrer Altersvorsorge selbst tragen müssen. Mit der Rentenreform und der Riesterreute sei hier schon ein wichtiger Anfang gemacht worden.

..der nicht aufzuhalten ist

Nun ginge es allerdings darum, auch das Gesundheitssystem auf die künftige Entwicklung einzustellen. Die derzeit in der Politik diskutierten Modelle wie Bürgerversicherung oder Kopfpauschale bezeichnete Börsch-Supan als noch keinen entschiedenen Durchbruch. Gerade die Gesundheitsreform sei aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung von besonderer Dringlichkeit. Außerdem, so der Mannheimer Wissenschaftler, habe man durch jahrelangen Reformstau in der Politik, die Lage "nicht gerade verbessert".

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 29.11.2004.